

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1977

Gedanken zur grundsatzpolitischen Auseinandersetzung

Lieber Leser!

Vom 22. bis 24. September 1977 findet in Berlin das Grundsatzforum der CDU statt. Es dient der öffentlichen Erörterung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm der Partei. Der Entwurf geht auf einen Beschluß des Bundesparteitages im November 1973 zurück. Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms ist für 1978 vorgesehen.

Das Grundsatzforum ist als öffentliche Diskussion zwischen Wissenschaftlern, Sachverständigen und interessierten Gruppen einerseits und der Partei andererseits angelegt. Alle Verbände, Vereinigungen und Arbeitskreise der CDU sind zur Entsendung von Teilnehmern eingeladen. Auch der Evangelische Arbeitskreis wird vertreten sein. Er ist dazu in besonderem Maße berufen, denn er hat, zumal auf seiner letzten Bundestagung in Siegen, hervorragende Beiträge zur grundsatzpolitischen Auseinandersetzung geliefert.

Die Einladung an Wissenschaftler und andere Sachverständige erfolgte unter dem Aspekt ihres sachbezogenen, nicht ihres parteipolitischen Interesses. Uns liegt am Gespräch mit unabhängigen Sachkennern, die zu einem kritisch-konstruktiven Dialog mit den Parteien über ihre Programme bereit sind, weil es ihnen um der Sache willen nicht gleichgültig sein kann, wie die Parteien den großen Problemen unserer Zeit begegnen.

Auch aus dem evangelischen Bereich werden einige maßgebliche Amtsträger und Theologen nach Berlin kommen. Dies ist umso erfreulicher, als sich die evangelische Seite in den letzten Jahren bei der grundsatzpolitischen Auseinandersetzung auffällig zurückgehalten hat. Gewiß gibt es dafür gute evangelische Erklärungen. So hat z. B. der Bonner Professor für Systematische Theologie, Martin Honecker, auf tiefere Ursachen in der evangelischen Ethik hingewiesen („Das evangelische Jein“, Deutsche Zeitung, 25. März 1977). Er hat dargelegt, daß die evangelische Seite es vorzieht, sich bei der Diskussion

allgemeiner und abstrakter ethischer Grundbegriffe zurückzuhalten. Man geht ungern von einem umfassenden ethischen normativen System aus, im Gegensatz etwa zur herkömmlichen katholischen Naturrechtslehre oder auch zum Sozialismus. Stattdessen zieht man es vor, nach der Verwirklichung ethischer Grundsätze in den konkreten einzelnen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik zu suchen. Davon zeugen z. B. die Denkschriften der EKD.

Dennoch besteht die Gefahr, sich dadurch zu einem allzu situationsbezogenen ethischen Pragmatismus verleiten zu lassen, und das in einer Lage, in der die evangelische Sozialethik auch systematisch sehr wesentlich mitzureden hätte. Ich kann jedenfalls dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Claß, nur zustimmen, wenn er auf der letzten Synode die evangelische Kirche dazu aufrief, sich an der Diskussion über die Grundwerte intensiv zu beteiligen.

Diese Diskussion ist in vollem Gang. Sie gründet in den Orientierungsbedürfnissen von Mensch und Gesellschaft. Der einzelne stellt Fragen nicht nur nach materiellem Wohlstand, Sicherheit und Geborgenheit, sondern nach Werten und Zielen für das Engagement in seinem Leben. Und die menschliche Gesellschaft sucht, um gemeinschaftsfähig zu bleiben oder wieder zu werden, nach einem ausreichenden Maß von Übereinstimmung in den sittlichen Grundlagen.

Es geht bei der grundsatzpolitischen Auseinandersetzung nicht darum, sich gegenseitig ethische Vorwürfe zu machen. Kein demokratischer Politiker will subjektiv Unfreiheit oder Ungerechtigkeit. Es ist kein Zufall, sondern die geschichtliche Konsequenz der demokratischen Idee, daß über die Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit als Prinzipien kein Streit besteht. Sie sind nie das Monopol einer Partei gewesen. In Wahrheit sind sie älter als alle demokratischen Parteien, die es heute bei uns gibt.

Umso heftiger umstritten aber ist die Frage, mit welchem Programm sich diese Prinzipien am besten

verwirklichen lassen und welche Rolle dem Staat gegenüber den Grundwerten zukommt. Gewiß, der Staat ist weltanschaulich und religiös neutral. Er hat nicht das Wahre, Gute und Schöne zu dekretieren oder seinen Bürgern Bekenntnisse nahe zu bringen. Vielmehr soll er ihre Freiheit sichern. Aber wie soll das geschehen?

Der Staat sah sich, wenn er die Freiheit seiner Bürger sichern wollte, zunächst vor der Aufgabe, die materiellen Bedingungen der Freiheit herzustellen. Denn wenn der Mensch ein freies Leben in eigener sittlicher Entscheidung führen soll, dann darf er nicht durch Not und Ungerechtigkeit daran gehindert sein.

Allmählich ist nun aber der Staat auf diesem Weg in eine umfassende Betreuungsrolle hineingewachsen. Er erzieht und beschäftigt seine Bürger, er erhält und versichert ihr Leben und er verteilt ihre Güter und Chancen. Die jüngst wieder umstrittene Frage, ob dem Staat das Recht auf Beeinflussung des Wertbewußtseins seiner Bürger zukommt, klingt angesichts dieser Lage geradezu ironisch. Indem sich staatliche Politik dem Ziel widmet, die materiellen Bedingungen der Freiheit zu sichern, prägt sie zugleich maßgeblich das Wertbewußtsein und -verhalten der Bürger. Denn das eine läßt sich vom anderen gar nicht trennen.

Damit wird eine wesentliche Gefahr erkennbar, vor der wir stehen. Zwar hat der Staat unverändert die Aufgabe, auf die materiellen Bedingungen der Freiheit zu achten. Aber es kommt auf die richtigen Mittel der Politik an. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat die Freiheit mit eben den Mitteln, mit denen er sie herstellen und sichern soll, am Ende wieder verstaatlicht.

Freiheit ist das Recht, das Leben in eigener sittlicher Entscheidung führen zu können. Aber dies ist nicht nur ein Recht, sondern eine große Anforderung an den Menschen. Wenn staatliche Politik diese Anforderung nicht deutlich zu machen weiß, übt sie einen negativen Einfluß auf die Freiheit aus. Wenn wir Solidarität nur noch als gesetzlich verordneten Steuerabzug erleben, dann verliert sie jeden sittlichen Impuls im Verhältnis von Mensch zu Mensch. Wenn die Familie in den Fragen der Erziehung, der Bildung und der Pflege einer Gesamtgesellschaft als Agentur untergeordnet wird, reduziert sich der Familiensinn auf den Genuß der Freizeit. Je mehr Selbstverwaltung durch Zentralverwaltung ersetzt wird, desto mehr verkümmert die Bereitschaft des Bürgers, sich für gemeinsame Angelegenheiten zu interessieren und sich an ihnen zu beteiligen. Je weniger man am Markt auf die selbständigen Kräfte des Menschen vertraut, desto mehr erzeugt man ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Kurz: Je geringer die Anforderungen werden, desto mehr verkümmern die Kräfte. Die Leistungskraft des Gemeinwesens wird überfordert. Der einzelne aber verliert die sinnvolle Anschauung von Freiheit, weil sie ihm nicht mehr als Aufgabe begegnet.

Wir glauben, daß der Sozialismus diese Gefahren steigert, statt ihnen entgegenzutreten. Das jüngste

Dr. Richard von Weizsäcker ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Grundsatzkommission der CDU; ferner gehört er dem Bundesvorstand der CDU und dem des EAK der CDU/CSU an. Er ist Mitglied des Rates der EKD.

programmatische Werk der SPD, der Orientierungsrahmen '85, geht von der Vorstellung aus, daß Freiheit eine gesellschaftliche Aufgabe sei. Danach ist der einzelne nicht Quelle, sondern Empfänger der Freiheit als einer politischen Leistung der Gesamtgesellschaft. Entsprechend wird die Rolle des Staates gesehen. Er bleibt nicht Hüter wertbezogener Rechte und Pflichten der Bürger, sondern er wird zum Instrument für das politische Ziel, nämlich für die Gesellschaft des Sozialismus.

Hier stehen sich die politischen Konzepte grundsätzlich und praktisch gegenüber. Nach unserer Sicht ist Freiheit untrennbar von Verantwortung. Verantwortung kann nur die Person tragen, nicht ein Kollektiv. Deshalb führt ein Programm in die Irre, das die Freiheit zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe macht. Freiheit ist das Recht und die Aufgabe der verantwortlichen Person. Niemand leugnet, daß der einzelne auf Schutz und Hilfe durch das Gemeinwesen angewiesen ist. Gerechtigkeit und Solidarität zu sichern, ist die ständige Aufgabe der Politik; aber sie darf nicht gesamtgesellschaftlich monopolisiert werden. Auch der einzelne Bürger hat sie als Aufgabe seines Lebens zu erkennen. Eben dies gehört zu seiner Freiheit. Wenn staatliche Politik sich mit Recht um die Sicherung der materiellen Bedingungen der Freiheit bemüht, dann hat sie umso mehr auch die Pflicht, dabei auch die geistigen Kraftquellen der Freiheit zu beleben, anstatt sie zu verschütten.

Abschließend bleibt festzustellen, daß grundsatzpolitische Auseinandersetzungen und pragmatisches Handeln keine Widersprüche sind. Wer Anspruch auf Regierungsverantwortung stellt, muß in der Lage sein, Auskunft über seine Werte und Ziele zu geben. Zugleich aber muß er entscheidungsfähig sein, ohne sich durch eine ideologische Fixierung seines Programms daran zu hindern. Pragmatische Politik heißt nicht, auf Grundsätze und auf Nachdenken zu verzichten, sondern beides mit der Handlungsfähigkeit zu vereinen. Wer dagegen unverrückbar an die Richtigkeit seiner Theorie über die Ursachen des Unglücks und den Weg zum Glück glaubt und Heilslehren verkündet, der macht sich für den notwendigen demokratischen Kompromiß handlungsunfähig.

Die Demokratie erfordert den Wettbewerb unter den politischen Alternativen. Dies schließt die Bemühung ein, den demokratischen Gegner ernst zu nehmen, ihn von seinen Voraussetzungen her zu verstehen und seine vitalen Interessen nicht zu verletzen. Wir brauchen die Kraft zu politischem Handeln auch über Parteigrenzen hinweg. Denn eine Partei ist, wie schon der Name sagt, nie das Ganze, sondern nur ein Teil. Deshalb hat auch die grundsatzpolitische Auseinandersetzung ein ausreichendes Maß an Übereinstimmung in den sittlichen Grundlagen zum Ziel.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Richard von Weizsäcker

Die protestantische Freiheit in biblischer Sicht — Konsequenzen für den Christen heute —

Karl Leipziger

Im Rahmen der in der „Evangelischen Verantwortung“ Nr. 6/77 angekündigten Seminarreihe der Hanns-Seidel-Stiftung handelte der Landespfarrer der Inneren Mission, Dr. Karl Leipziger, Nürnberg in einem stark beachteten Vortrag das Thema „Die protestantische Freiheit in biblischer Sicht“ ab. Die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ bat Dr. Leipziger um thesenhafte Zusammenfassung seiner Aussagen, da wir glauben, daß hiervon die in vielen Regionalgruppen des EAK der Unionsparteien zur Zeit stattfindende Diskussion zum Freiheitsverständnis wesentliche Impulse erhalten kann.

1. Zum Begriff „Freiheit“

- 1.1 Wer über „Freiheit“ redet, hat es mit einem vielseitig verwendeten und mit einem oft mißbrauchten Begriff zu tun.
- 1.2 Unser Thema gibt zu erkennen, daß eine nähere, vor allem weltanschaulich bestimmte Festlegung nötig ist, um eine Verständigung zu ermöglichen.
- 1.3 Der Begriff „Freiheit“ erhält auch aus der jeweiligen biographischen, gesellschaftlichen und geistesgeschichtlichen Situation zusätzliche Akzente.
- 1.4 Persönliche „Freiheit“ und nationale „Freiheit“ sind hohe Güter, die allerdings bei ihrer Verwirklichung in Kollision zu Freiheitsinteressen anderer geraten.
- 1.5 In griechischer Tradition kennt man die Werte der „Freiheit“ als die Herrschaft des Einzelnen über das eigene Leben, als die Herrschaft eines Volkes über die eigenen internen Belange. Die bindungslose „Freiheit“ wird sowohl individuell als auch auf die Gemeinschaft bezogen als ein Weg ins Chaos empfunden.

2. Die biblische Sicht der „Freiheit“

- 2.1 Die biblische Sicht der „Freiheit“ ist bezogen auf die Situation des Menschen, der ein

eingegrenztes und aufs Ziel gerichtetes Leben hat, über das er nicht selbständig verfügen kann.

- 2.2 Die „Freiheit“ des Menschen ist eingengt durch die Sünde des Menschen, die sich in dem Wunsch äußert, das Leben zu verwirklichen, ohne auf Gott zu achten und ihm zu vertrauen, ohne in den eigenen Zielsetzungen den Lebensraum des anderen angemessen zu berücksichtigen.
- 2.3 Das Gesetz Gottes klagt den Menschen in seiner Gottlosigkeit an. Der Mensch versucht sich andererseits hinter dem Gesetz und einer scheinbaren Gesetzeserfüllung zu verbergen und sich so dem Vertrauen gegen Gott zu entziehen.
- 2.4 Die Unfreiheit des Menschen ist in seinem Verfallensein unter das Gericht Gottes besonders offenkundig.
- 2.5 Christliche „Freiheit“ resultiert aus der Hingabe Christi für uns. Diese Hingabe wird zugeeignet in Wort und Sakrament. Damit ist der Mensch zur „Freiheit“ berufen und gesandt, der Gerechtigkeit zu dienen.
- 2.6 In dieser Bindung (der Gerechtigkeit zu dienen) ist es unmöglich, daß „Freiheit“ in Gesetzlosigkeit und Libertinismus endet.
- 2.7 „Freiheit“ aus Gott bleibt nur dann, wenn sie gelebt wird.

3. Leitlinien

- 3.1 Der Christ gewinnt, bewährt und erhält seine „Freiheit“ nur, indem er nicht bei sich selbst, sondern beim anderen ist.
- 3.2 Die „Freiheit“ des Menschen ereignet sich als ein Dienst an Gottes Gerechtigkeit, der uns nicht auferlegt hat, die Gerechtigkeit zu schaffen, die nur

er vollenden kann. Er hat uns aufgetragen, Mittel und Wege zu suchen, daß auch in irdischen Dingen mehr Gerechtigkeit herrscht.

- 3.3 Der Mensch, der der Verfügung über sich selbst entnommen ist, der sich nicht mehr selbst gehört, lebt in der Gerechtigkeit der Liebe zum Nächsten. Darin, wie wir Akzente der Liebe setzen, tragen wir bei, daß in einer Welt des Hasses Zeichen des Friedens gesetzt werden.
- 3.4 Der aus dem Gesetz gelöste Mensch mißt auch den anderen nicht mehr an seinen Maß-

Aus dem Inhalt

Gedanken zur grundsatzpolitischen Auseinandersetzung	1
Die protestantische Freiheit in biblischer Sicht Karl Leipziger	3
Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung für evangelische Christen	4
Warum ist die Stamokap-Position eindeutig verfassungsfeindlich? Gerd Langguth	5
Aus der Arbeit der EKD	7
Welche Kirche brauchen wir? Paul Rieger	8
Aus unserer Arbeit	10
Kurz notiert	11
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	12

stäben. Die aus der Begegnung mit Christus gewonnene Freiheit nimmt mein Leben aus dem falschen Mittelpunktenden. Damit ist der Weg zu Menschen offen, die eine andere Geschichte, ein anderes Schicksal, eine andere Prägung, eine andere Partei, eine andere Nation, eine andere Rasse haben.

- 3.5 Der von Gott befreite Mensch ist nicht allen Zwängen enthoben, aber diese haben ihre

- sagt: Ich habe alle Macht, aber es frommt nicht alles. Alle Aktionen sind daran zu überprüfen.
- 3.11 Übung der Freiheit in der Hingabe an den Nächsten setzt die Preisgabe der Leidenschaften und Begehungen voraus, in denen der Mensch sich selbst verfällt (Gal. 5,24). Menschen spüren, ob sie bei einer Hilfeleistung selbst gemeint sind oder nur der Verherrlichung des Helfers dienen.
- 3.6 „Freiheit“ verwirklicht sich im Gutes tun, auch im verantwortungsvollen und kritischen Gehorsam gegenüber konkreter staatlicher Autorität. Darum: Übung der Freiheit!
- 3.7 „Frei von allem“ können wir individuell und frei auf die jeweilige menschliche, geschichtlich und sozial bedingte Lage des Menschen eingehen und ihn darin akzeptieren.
- 3.8 Der Freigewordene gibt Positionen auf (Phil. 2). Er muß nicht an Ideen, an einmal Erreichtem, an Programmen kleben. Er ist dynamisch, nicht statisch, beweglich, nicht starr.
- 3.9 Eigene „Freiheit“ kann nicht zum Anspruch gegenüber Schwachen werden, auch nicht zur Überlegenheit, die andere demütigt und ihrer Existenz den Lebensraum nimmt.
- 3.10 Von Christus gewonnene „Freiheit“ kann nicht in Lieblosigkeit ausgeübt werden. Paulus
4. **Protestantische „Freiheit“ und die Konsequenzen**
- 4.1 „Freiheit“ schafft Offenheit für den anderen und Annahme des anderen.
- 4.2 „Freiheit“ wehrt sich gegen Reglementierung, Angst und Intoleranz. Dies geschieht durch die freiheitliche Lebensweise, in der wir denken, handeln, reden, gestalten und Verantwortung übernehmen.
- 4.3 Christliche „Freiheit“ zielt auf bedingungslose ganzheitliche Zuwendung an den Nächsten, insbesondere gegenüber denen am Rande der Gesellschaft, die sich selbst nicht für die Freiheit und ihre Werte einsetzen können.
- 4.4 Protestantische „Freiheit“ ruft nach einem neuen Lebensstil.
- 4.5 Protestantische „Freiheit“ unterscheidet zwischen echter Lebensentfaltung und jener Art der Verwirklichung, die dem Menschen abträglich ist.
- 4.6 „Freiheit“ im politischen Bereich ruft zur Verantwortung, zur Mitgestaltung, zur Mitbestimmung über die Grundwerte unseres staatlichen Lebens.
- 4.7 „Freiheit“ fordert Engagement und echtes Mittragen: Soziale Bindung des Eigentums, der Freizeit, des Wissens und Könnens.
- 4.8 Gerade im staatlichen Bereich fordert protestantische „Freiheit“ auf, der totalen Verwaltung und Verrechtlichung auch im sozialen Bereich entgegenzutreten.
- 4.9 Protestantische „Freiheit“ muß Anarchie ebenso wie den totalen Staat abwehren.
- 4.10 Protestantische „Freiheit“ legt ein besonderes Gewicht auf Toleranz, erkennt aber auch ihre Grenzen.
- 4.11 Protestantische „Freiheit“ kann sich nicht nur im Bereich des Individuums und im Bereich des eigenen Volkes vollziehen, sondern erstreckt sich auch auf die Verhaltensweise in der Gesamtheit unserer Weltgesellschaft.
- 4.12 Protestantische „Freiheit“ kann die Unfreiheit in der Welt nicht nur zur Kenntnis nehmen. Sie muß alles tun, um Unterdrückten zu helfen, allen politischen

Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung für evangelische Christen

Die Seminare des Bildungswerkes der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (München) für evangelische Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter in Bayern haben in diesem Jahr eine überaus große Resonanz gefunden. Aus diesem Grund werden zwei zusätzliche Veranstaltungen in Unterfranken bzw. im Raum Nürnberg durchgeführt. Dabei werden folgende Themen behandelt:

- Verinnerlichung – Rückzug der Kirche aus der Welt?
- Grundgedanken zum protestantischen Freiheitsbegriff.
- Europa und der Protestantismus.

Als Referenten konnten u. a. der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Werner Dollinger, MdB, der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Karl Hillermeier, Professor Dr. Dr. Hans Köhler und der Würzburger Dekan Paul Rieger gewonnen werden.

Die Veranstaltungen finden statt jeweils von Freitag 18.00 Uhr bis Samstag 13.00 Uhr, und zwar am 30. September / 1. Oktober 1977 in Schweinfurt, Hotel „Roß“ (Unterfranken) und in Nürnberg-Fischbach, „Sporthotel Silberhorn“ (Nürnberg, Fürth, Erlangen, Ansbach). Die Tagungsgebühr beträgt 10,- DM incl. Verpflegung und Übernachtung; anfallende Fahrkosten werden erstattet.

Anfragen und Teilnahmewünsche richten Sie bitte an das Bildungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung, z. Hd. Dr. Paul A. Engstfeld, Lazarettstraße 19, 8000 München 19, Telefon 0 89 / 1 25 81.

und wirtschaftlichen Einfluß einsetzen, um ungerechte Strukturen unmöglich zu machen und persönliche und gesellschaftliche „Freiheit“ zu fördern. Protestantische „Freiheit“ kann jedoch nicht Revolution und Freiheitskampf auf ihre Fahne schreiben.

5. Konsequenzen für den Christen heute

Wie zu keiner anderen Zeit mehr ist es heute wichtig, daß Freiheit gelebt wird, Freiheit in christlicher Verantwortung.

Das ist etwas Aktives und nichts Passives. Freiheit ist kein Besitz, der ungefährdet und ungefährlich in Menschenhand ist. Freiheitliche Lebensweise ist immer auch in einer Gratwanderung. Es kann sein, daß sie verabsolutiert wird und an dem gemeinsamen Nutzen vorbeigeht. Sie kann in Gefangenschaft der Gesetze und Verordnungen geraten. Beides ist Verrat an dem wichtigen Gut, das es aus christlicher Verantwortung auch im Alltag zu bewahren gilt. Frei-

heit ist aber vor allem in Gefahr, wenn sie nicht aktiv genutzt wird; dann werden andere die Hohlräume ausfüllen: Anarchisten, Moralisten, der Staat, die totale Verwaltung, der totale Sozial- und Kulturstaat.

Alle Freiheitsverständnisse auch im Alltag bedürfen der ständigen Rückkoppelung zum Evangelium. Darum ist protestantische Freiheit in biblischer Sicht ein Thema, das bezogen auf den Alltag nicht veraltet.

Warum ist die Stamokap-Position eindeutig verfassungsfeindlich?

Gerd Langguth

Der Autor des Artikels, Dr. Gerd Langguth, über viele Jahre Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), ist seit Herbst 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages; er gehört dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an und ist Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg. Im nachfolgenden setzt er sich kritisch mit der Zielsetzung der Stamokap-Gruppe innerhalb der Jungsozialisten auseinander.

Eine starke Gruppierung innerhalb der Jungsozialisten verfolgt eindeutig verfassungsfeindliche Ziele, da die Einschätzung der Bundesrepublik als „staatsmonopolistischem Kapitalismus“ weitgehend identisch ist mit den Positionen von DKP und SED. Auch die durch die SPD erzwungene Ablehnung einer Teilnahme der Jungsozialisten an Demonstrationen des prokommunistischen „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß innerhalb der Jusos solche Kräfte die Mehrheit erhalten haben, die ein eindeutiges Bekenntnis zu den im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechten ablehnen. Die SPD wird nicht umhinkönnen, sich von solchen verfassungsfeindlichen Kräften zu tren-

nen. Warum vertreten die Anhänger der Stamokap-Position verfassungsfeindliche Ziele?

Für eine „sozialistische Demokratie“

Die Stamokap-Position fordert einen „grundlegenden Bruch“ mit der in der Bundesrepublik entwickelten praktizierten Demokratie, wobei die von den Stamokap-Theoretikern erstrebte „qualitativ neue und höhere Form der Gesellschaft“, die „sozialistische Demokratie“, nicht durch eine „Summe von Teilreformen innerhalb des Kapitalismus“ gebildet wird. Wenn Benneter sogenannten „Reformscheiben“-Theorien, dem von ihm vielgeschmähten „Reformismus“, eine eindeutige Absage erteilt, dann fordert er damit eine „Umwälzung“ der bestehenden Gesellschaft. Die in diesem Zusammenhang festzustellende Übernahme von DDR-Jargon ist dabei überdeutlich. So wird als politisches Ziel nicht der „demokratische Sozialismus“, sondern die „sozialistische Demokratie“ formuliert – getreu dem sprachlichen Vorbild der DDR. Grundlegende Elemente liberaler Demokratie werden in den Stamokap-

kap-Papieren durch neue Begriffe ersetzt – so Gewaltenteilung durch „Einrichtung gesellschaftlicher Beiräte für die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Planungsprozesse und die Stärkung der Kommunen“, parlamentarische Gremien durch „direkte Beteiligung“, Recht auf Ausübung einer Opposition und gesellschaftlicher Pluralismus durch Formulierungen wie „die große Mehrheit der Bevölkerung“. In den Papieren der Stamokap-Theoretiker finden sich viele Formulierungen, die die wahren Absichten und Bestrebungen dieser Richtung verschleiern sollen. Das frühere Juso-Bundesvorstandsmitglied Johanno Strasser sprach deshalb als Kritiker dieser Stamokap-Position von notwendiger Unterscheidung einer „Kaderlinie“ von einer „Massenlinie“.

Gegen die Arbeit der Gewerkschaften

Die Theorie des Stamokap geht – wie ausgeführt – von einer völligen Verschmelzung des Staates mit den Interessen der sogenannten Monopole aus. Diese Theorie reduziert die politischen und gesell-

schaftlichen Konflikte lediglich auf einen konstatierten Klassenkampf, der sich in den unterschiedlichen Eigentums- und in den Produktionsverhältnissen niederschlägt. Diese Fixierung führt dazu, daß die Theorie des Stamokap davon ausgeht, vorrangige und entscheidende Frage sei nicht das Regierungssystem als solches, sondern die Frage der Kontrolle über die Produktionsmittel. Die Fragestellung aber, in welchem politischen System, in welchem Maße liberale Freiheitsrechte verwirklicht sind, spielt eine untergeordnete und praktisch vernachlässigte Rolle. Deshalb wird die politische Auseinandersetzung zugespitzt auf die Fragestellung: Kommunismus einerseits oder Kapitalismus andererseits. Wer sich also auf die Denkebene des Stamokap einläßt, kann und wird damit folglichweise weder bereit noch in der Lage sein, einen Unterschied zwischen einem Ein- oder Mehrparteiensystem zu sehen, da in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise das Ende allen Übels gesehen wird.

Wer also den Staat lediglich als Agentur des Monopolkapitals interpretiert, übersieht den komplexen Willensbildungsprozeß moderner Demokratien. Die Stamokap-Theorie unterstellt, daß beispielsweise selbst Gewerkschaften nicht in der Lage sind, im Rahmen eines pluralistischen Willensbildungsprozesses sich für die Arbeitnehmerschaft einzusetzen, da in einem politischen System wie der Bundesrepublik aufgrund der ökonomischen Situation und der hier praktizierten Sozialen Marktwirtschaft das Ergebnis jeder Politik im Rahmen des (im Grundgesetz) vorgegebenen Systems zwangsläufig auf die Stabilisierung eines abgelehnten „Kapitalismus“ hinausläuft. In diesem Sinne wird auch die Arbeit von Gewerkschaften beispielsweise als eher systemstabilisierend kritisiert. Die Position des Stamokap übersieht — aufgrund ihrer ideologischen Fixierung auf die Frage der Eigentumsverhältnisse, d. h. des Besitzes bzw.

Nichtbesitzes an Produktionsmitteln — völlig die Pluralität der Konflikte, d. h., daß die in der Bundesrepublik anzutreffenden Konflikte nicht nur ökonomische Ursachen haben.

Für Kooperation von Führungskadern

Die alleinige Orientierung an den ökonomischen Fragen läßt daher andere Fragen — wie z. B. die Verwirklichung von Grundrechten, so Meinungsfreiheit etc. — mehr als nebensächlich erscheinen. Wer damit „den Kapitalismus“ für den Hauptfeind schlechthin erklärt, ist folgerichtig gezwungen, dort Verbündete zu suchen, wo der Antikapitalismus eine ebenso bedeutende Rolle spielt: bei DKP und SED. Erklärungen von Benneter, Kommunisten seien für die Jusos zwar „politische Gegner, aber keine Klassenfeinde“, sind taktisch und dahingehend zu werten, daß die DKP denselben Klassenstandpunkt zuerkannt erhält, wie ihn die Vertreter des Juso-Stamokap für sich in Anspruch nehmen. Die gemeinsam gegen die Monopole gerichtete meist nur negative Bestimmung des Kampfzieles soll zu einem „breiten antimonopolistischen Bündnis“ führen, das in Forderungen nach Aktionseinheit ihren Niederschlag findet. Dabei ist interessant, daß bei bisherigen Aktionseinheiten zwischen Stamokap-Vertretern der Jusos und des „Sozialistischen Hochschulverbandes (SHB)“ mit DKP und ihren Hilfsorganisationen stets der DKP die Führungsrolle gesichert wurde.

In diesem Zusammenhang warf Johanno Strasser den Stamokap-Vertretern vor, daß es ihnen bei der Frage der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ nicht um eine Zusammenarbeit an der Basis, sondern um eine „Kooperation von Führungskadern“ gehe. Strasser — der inzwischen gemeinsam mit Frau Wiezcorek-Zeul in der Presse als „politisch gemäßigt“ beschrieben wurde, obwohl er beispielsweise im Januar 1973 für die Jusos „viele inhaltliche Berührungspunkte“ mit der KPI konstatierte — wirft den Stamokap-Vertretern vor, die Strategie des „breiten antimonopolistischen Bündnisses“ sei nur durchzuführen, „wenn die wahren Absichten der Sozialisten bzw.

Kommunisten geheimgehalten werden. Sie verhindern so die notwendige Emanzipation der Arbeiterklasse und würde daher zwangsläufig zu einem bürokratischen und entdemokratisierten Sozialismus führen.“

Auch die Stellung der Stamokap-Vertreter zur Frage der Gewalt ist bemerkenswert, da auch hier eine eindeutige Antwort fehlt. Zwar wird in den „Thesen zum Theorieseminar der Berliner Jungsozialisten“ aus dem Jahre 1973 von der „Eroberung und Umgestaltung der Staatsmacht und der aktiven Umwälzung der Gesellschaft mittels der Staatsgewalt“ gesprochen, die „politische Aktion der Arbeiterklasse“, nicht ein ökonomischer Zusammenbruch, sei der „Motor der gesellschaftlichen Umwälzung“, doch wird — wie auch in DKP-Schriften anzutreffen — die Frage der Gewalt dadurch relativiert, daß diese als Gegengewalt gegen die herrschenden politischen Kräfte dargestellt wird. In diesem Sinne wird auf Johanno Strasser Bezug genommen, da bei entscheidenden Gesellschaftsveränderungen das Kapital versuchen werde, die politische Demokratie zu liquidieren: „Dabei nutzten fortwährende ‚Eide auf Gewaltlosigkeit‘ nichts, wenn nach aller geschichtlichen Erfahrung sich das Kapital nicht daran hält“. Mit solchen Positionen wird also politische Gewalt zur Erreichung revolutionärer Ziele nicht verneint, sondern durchaus im Sinne von Gegengewalt als eine politische Möglichkeit gedeutet.

Bekennnis zu den Grundrechten fehlt

Die Stamokap-Position ist verfassungsfeindlich, zumal ein eindeutiges Bekenntnis zu den im Grundgesetz garantierten Grundrechten fehlt. Schon 1972 schrieb ein führender Stamokap-Vertreter, der SHB-Funktionär Hofschien, bei Vorstellungen, wie z. B. Unabhängigkeit der Gerichte im Sozialismus, uneingeschränkte Freiheit der Opposition handele es sich um „eine totale Verkenning des Charakters der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Marx als die Herrschaft der Arbeiterklasse kennzeichnete und nicht als liberalen Tummelplatz für die Konterrevolu-

tion". Trotz angeblicher „gewerkschaftlicher Orientierung“ wird seitens der Stamokap-Vertreter auch eine eindeutige Aussage zur Rolle von Gewerkschaften und des Streikrechtes innerhalb des er-

strebten sozialistischen Systems vermieden. Wer darüberhinaus frei gewählte Parlamente zu Bütteln des Großkapitals und der Monopole erklärt und die Prinzipien einer parlamentarischen repräsen-

tativen Demokratie und ein unmißverständliches Bekenntnis zu den Grundrechten des Grundgesetzes ablehnt, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, als Demokrat bezeichnet zu werden.

Aus der Arbeit der EKD

Rat und Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland hielten vom 7. bis 9. Juli 1977 unter dem Vorsitz des Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Helmut Claß, turnusmäßige Sitzungen in Hannover. Im Vordergrund der Verhandlungen und Beschlüsse standen aktuelle Fragen aus dem Geschehen in Kirche und Öffentlichkeit.

In einer besonderen Erklärung zu der Auseinandersetzung über das Vorhaben eines „Brüsewitz-Zentrums“ wandten sich beide Organe der EKD erneut dagegen, den Namen des durch Selbstverbrennung ums Leben gekommenen Pfarrers Oskar Brüsewitz für eine solche Einrichtung zu verwenden. Gerade weil sich die Kirchenleitungen in der DDR mit großem Einsatz gegen jede Verunglimpfung des Pfarrers Brüsewitz gewandt haben, sehen sie in einer westdeutschen Beanspruchung dieses Namens eine schwere Beeinträchtigung ihrer eigenen Wirkungsmöglichkeiten. Mit Nachdruck wandten sich Rat und Kirchenkonferenz auch gegen den Versuch, in dieser Sache Bischöfe in der DDR persönlich herabzusetzen.

Der Rat nahm die Veröffentlichung des Gutachtens der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft „Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik“ zum Anlaß, sich eingehend mit Fragen der Energiepolitik zu befassen. Dabei ließ er sich durch den Vorsitzenden der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung, Staatssekretär Professor Dr. Roman Herzog, von deren Überlegungen unterrichten, welchen Beitrag die Kirche zu diesem keineswegs nur

technisch und wirtschaftlich bedeutsamen Fragenkomplex leisten könne. Es wird danach nicht Aufgabe der Kirche sein dürfen, einer kurzschlüssigen Behandlung der Energiefragen durch eigene Parteinahmen Vorschub zu leisten, aber es liegt durchaus im kirchlichen Auftrag, die Mitverantwortung jedes einzelnen in dieser Frage zu wecken, auf spürbare Verzicht im Energieverbrauch hinzuwirken und dem ausufernden Wohlstandsdenken in unserer Gesellschaft zu begegnen.

Über die zukünftige Arbeit und Gestalt der Kirche wird nicht unwesentlich durch die Ausbildung ihrer Amtsträger entschieden. Unter diesem Aspekt würdigte Professor Dr. Trutz Rendtorff (München), der Vorsitzende der Ausbildungskommission des Rates der EKD, die Tatsache, daß jetzt erstmalig ein Gesamtplan der Pfarrerausbildung vorgelegt wurde. Durch diesen Plan werden die Reformbemühungen der letzten Jahre zusammengefaßt. Sein Ziel ist es, die Ausbildung im Blick auf die Anforderungen der Praxis zu verbessern und dadurch deren Einheitlichkeit im Bereich der EKD zu gewährleisten. Bedeutung hat der Plan auch in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Situation bei der Erarbeitung von Studienordnungen durch die Fakultäten. Denn auf diesem Wege können gegenüber staatlichen Forderungen die Bedürfnisse von theologischer Wissenschaft und kirchlicher Praxis sowie die Interessen des Nachwuchses gemeinsam vertreten werden.

Als von besonderer Bedeutung erwies sich innerhalb der Ratssitzung eine ausführliche Aussprache

mit einer Delegation des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Heinz Oskar Vetter. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Arbeitslosigkeit, der Menschenrechte, der ausländischen Arbeitnehmer, der Humanisierung der Arbeit und internationaler Beziehungen. Ausgehend von der Würdigung der Arbeit als eines menschlichen Grundwertes bestand Übereinstimmung darin, daß äußerste Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht werden müßten, zumal diese mehr und mehr einen strukturellen Charakter annehme. Dabei müsse eine Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und des Mangels an Ausbildungsplätzen bei allen Beteiligten einen Vorrang erhalten. Die Aussprache zeigte an allen behandelten Punkten große Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit, die mehr als bisher wahrgenommen werden sollen.

Auf der Tagesordnung des Rates standen ferner Fragen von Ehe und Familie mit einem Bericht des Vorsitzenden der Familienrechtskommission der EKD, Professor Dr. Albrecht Dieckmann (Freiburg), Europafragen und ökumenische Angelegenheiten. In einer Beratung über den Verlauf des Gemeindetages unter dem Wort im Mai in Dortmund und des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni in Berlin unterstrich der Rat seine Absicht, alle Versuche zu unterstützen, die bisherigen Spannungen zwischen beiden Großveranstaltungen der evangelischen Kirche zu überwinden.

Unterlagen zur Grundsatzdiskussion können Sie bei der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, kostenlos – mit beigefügtem Rückporto – anfordern.

Welche Kirche brauchen wir?

Lebensorientierung als Aufgabe der Gemeinde

Ich beginne damit, eine bestimmte Kirchenvorstandssitzung zu schildern, wie sie nach der Neuwahl der Kirchenvorstände im Oktober letzten Jahres hier in unserer Kirche stattgefunden hat. Die Frage an alle lautete: Was für eine Kirche wollen wir? Bei diesem Gespräch zeigten sich etwa drei Positionen, die im Kirchenvorstand eingenommen wurden:

Einige Mitglieder, vor allem die, die schon längere Jahre im Kirchenvorstand mitgearbeitet hatten, meinten: „Wir müssen in unserer Gemeinde mehr Evangelisation treiben. Die Bibel muß wieder die Mitte unseres familiären und sonstigen Lebens werden. Die Freude am Gebet muß geweckt, die zentrale Predigt gefördert werden, dann wird auch der Kirchenbesuch und die Aufmerksamkeit für unsere Gemeinde steigen.“

Die zweite Gruppe sagte ungefähr: „Es ist sehr wichtig, daß die Jugend anständig erzogen wird, daß sie Nächstenliebe und die zehn Gebote kennt. Der Pfarrer soll und muß Hausbesuche machen, um die Leute für die Kirche zu werben.“

Interessanterweise kamen hinterher zwei dieser Gruppen zu mir und meinten: „Das, was die anderen gesagt haben, stimmt zwar, aber zu heilig sollte die Gemeinde auch nicht werden.“ Hierbei trat eine gewisse Gegenwehr gegen einen Frömmigkeitsdruck hervor, wie er von der ersten Gruppe offensichtlich geübt wurde.

Die dritte Gruppe bestand nur aus zwei jüngeren Mitgliedern, die meinten, Gemeinde und Kirche müssen sozial aktiver werden, sich um die Gastarbeiterkinder kümmern, Basare für die Dritte Welt aufmachen und auf das Elend und den Hunger in den Entwicklungsgebieten hinweisen.

Eine vierte Meinung äußerte ein junger Pfarrer hinterher. Er sagte zum Vorsitzenden: „Was hier so gesagt wird, mache ich nicht ohne weiteres mit. Ich bin doch nicht Erfüllungsgehilfe für die Bedürfnisse der Leute. Das alles ist sehr spießbürgerlich. Ich habe Vorstellungen von Wahrheit und Theologie, die ich auch gegen die Bedürfnisse der Menschen zu vertreten habe; so predigte auch Jesus.“

Auswertung einer Kirchenvorstandssitzung

Dieses Kurzprotokoll der Sitzung signalisiert eine Fülle von Problemen, in denen unsere Kirche und ihre Gemeinden heute stehen. Zwei stellen sich als besonders gewichtig heraus, ein drittes deutet sich an. Das erste Problem bezieht sich auf die Kommunikation untereinander. Es ist kein Zufall, daß in zwei Fällen Mitglieder des Kirchenvorstands hinterher zum Vorsitzenden kamen und Bemerkungen, vor allem ihren Unmut über bestimmte Vorgänge im Kirchenvorstand zum Ausdruck brachten. Das weist darauf hin, das offensichtlich Menschen in diesem Bereich nicht gelernt haben, miteinander zu reden und vor allem Konflikte auszutragen. Sie stehen nach wie vor unter einem gewissen Harmoniedruck, der möglicherweise durch falsche Predigt und falsche Auslegung des Neuen Testaments erzeugt worden ist: „Christen müssen immer und ständig einen Kreis friedlicher, wohlwollender Menschen darstellen.“ Eine solche Haltung führt notwendigerweise dazu, daß Konflikte, die ausgetragen werden müssen, vertuscht, verschleiert werden, sich in den Untergrund begeben und von dort aus

an ganz anderer Stelle plötzlich explosionsartig ausbrechen können.

Die zweite Problemkette bezieht sich auf die vielfältigen Erwartungen, die von seiten des Kirchenvorstands und gewiß auch vieler Christen zum Ausdruck kommen. Sie lassen sich nicht unter einen gemeinsamen Hut bringen. Es herrscht ein Meinungspluralismus. Das hat seine tieferen Ursachen darin, daß für viele Menschen in unserer Gesellschaft die Fragen, woran und wohin sie sich orientieren sollen, zu den unbeantworteten Fragen schlechthin gehören.

Die dritte und letzte Frage betrifft den jungen Theologen, die Frage des theologischen Nachwuchses und seine Integration in der Kirche.

Unsere moderne Industriegesellschaft hat selbstverständliche Kommunikation weithin aufgelöst. Dörfliche Gemeinschaft, Nachbarschaft, das Zusammensein der Großfamilie ist geschwunden. Dazu kommt, daß unsere Gesellschaft in ihren Wertvorstellungen einen starken Trend zu Individuation aufweist; die Entwicklung läuft auf eine möglichst große Freiheit des Individuums hin. Jeder hat seine eigene Wohnung so vollständig vom Nachbarn isoliert, daß ihn weder Lärm, Geruch, noch Licht stören kann. In den Restaurants wird alles portioniert. Jeder bekommt seine eigene eingepackte Butter, seine Portion Milch, es wird nicht mehr aus der gemeinsamen Schüssel gegessen.

Kommunikationserfahrungen

Die Kehrseite dieses Individuationstrends ist ein zunehmendes Defizit an Kommunikationserfahrung, ein starkes Bedürfnis, die Kontaktlosigkeit durch menschliche Kontakte zu überwinden. Aus diesem Bedürfnisgrund erwachsen bestimmte Formen der Therapie, wie Gruppendynamik, Sensivity-Training und eine zunehmende Psychologisierung auch der kirchlichen Arbeit. Die Übernahme solcher Methoden in die Kirche hat die kirchliche Arbeit in vielfältiger Weise befruchtet; ihre Grenze erhält sie aber durch die Neutralität bezüglich des Inhalts. Die Methode läßt sich für alle Formen von inhaltlichen Werten benutzen und weist keine spezifische christliche, kirchliche Ausrichtung auf. Diese zu gewinnen, ist eine eigene Aufgabe. Von daher wird es verständlich, daß gerade unter jungen Menschen eine starke Bewegung aufgebrochen ist, die eine spirituelle Gemeinschaft, das heißt wertbezogene Gemeinschaft, miteinander sucht. Vor zehn Jahren rechnete niemand mit einem solchen Aufbruch, der an vielen Stellen der Kirche neues Leben geschaffen hat und hervorbringt.

Die Kommunikationsprobleme erweisen sich auch auf höherer kirchlicher Ebene als gegeben; so die Arbeit an der Leuenberger Konkordie, die die Abendmahls- und Kanzelgemeinschaft zwischen Lutheranern und Reformierten eröffnet. Die ökumenischen Gespräche sind ebenfalls Ausdruck bestehender Kommunikationsprobleme und Versuche, Kommunikation zu schaffen und Trennendes zu überwinden.

Der Orientierungslosigkeit wehren

Die Industriegesellschaften lebten bislang von der Idee des Fortschritts, und die Frage der Zukunft war eine Frage fortschrittlicher Entwicklung. Auch wenn weite Teile der

Zukunft unverfügbar blieben, so überwand doch der Glaube, daß mit zunehmender Wissenschaft auch die Verfügbarkeit der Zukunft zunehmen könnte, die bisherigen Schwierigkeiten. Die Idee des Fortschritts in der Industriegesellschaft ist heute in vielen Punkten an ihr Ende gekommen. Die wirtschaftliche Zukunft bangt um die Energieversorgung, die politische Zukunft sieht sich vor unlösbare Probleme im Gegensatz Industrie-Länder und Dritte Welt gestellt. Vor Europa wächst ein riesiges Armenhaus heran, der afrikanische Kontinent mit zunehmenden Konfliktstoffen und Explosionsherden. Innenpolitisch nehmen die Verteilerkämpfe um das erarbeitete Sozialprodukt zu. Demokratie lebt in vielen Punkten vom Wohlstand; die Mängel erster Ordnung wie Hunger, Unsicherheit und Frieren sind abgestellt. Es bleiben aber die Mängel zweiter Ordnung: allseitiger Konsumzugang und Rechte, die früher nur elitäre Gruppen gehabt haben. Es ist jedoch nicht sicher, wann plötzlich wieder Mängel erster Ordnung in den Industriegesellschaften auftreten; dann ist damit zu rechnen, daß Verteilerkämpfe auf Leben und Tod ausgetragen werden müssen. Unter diesen Problemen und angesichts einer völlig offenen, bedrohlichen Zukunft ist die Frage, wie der Weg weitergehen soll, für die Menschen zunehmend eine Frage der Angst. Die Angst ist Grund und Folge einer allgemeinen Orientierungslosigkeit bis hinein in das private Leben und in Lebensvollzüge, die früher selbstverständlich von der Dorfgemeinschaft oder der Großfamilie richtungweisend vorgelebt worden sind. So wissen heute junge Mütter kaum, ohne Schulungskurse mit ihrem Baby umzugehen, und alternde Menschen haben Angst vorm Sterben als ein ihnen völlig unbekanntes, kaum an anderen erlebtes Phänomen. Die Orientierungslosigkeit im öffentlichen Leben ist nicht minder gravierend. Die Christen in unserer Gesellschaft haben an dieser Orientierungslosigkeit teil und reagieren entsprechend den vorhin in der Kirchenvorstandssitzung geschilderten Gruppen.

„Mutige Blindheit“

Die erste Gruppe versucht, die Orientierung so zu finden, daß sie ein klares Zurück zur Bibel spricht und sich von da aus die klaren Antworten auf alle offenen Fragen erhofft. So richtig die Verweisung auf die Bibel ist, so wenig reicht ein solches Verhalten aus. Es gibt eine Fülle von modernen Fragen, die ihre unmittelbare Antwort in der Bibel selbst nicht finden. Darum neigt dieser Kreis von Christen gerne dazu, sich wie eine Art „Feste-Burg-Christen“ hinter scheinbarem Biblizismus zu verschanzen und keine Meinung mehr zuzulassen, die moderne Fragen an die vorhandene Situation stellt. Es ist im Grunde genommen eine Art „mutige Blindheit“, die Probleme übersieht, statt anzunehmen.

Im Geist des Pluralismus

Die zweite Gruppe, die ihr Leben „nicht zu fromm“ ausgerichtet haben will, arbeitet nach einem anderen Prinzip, um Orientierung zu bekommen. Sie lebt mehr im Geist des Pluralismus, der davon ausgeht, daß die Wahrheitsfindung in einer Art geistiger, freier Marktwirtschaft stattfindet. Nach ihrer Meinung kann es sich nur darum handeln, einen großen Freiraum in der Gesellschaft zu schaffen, in dem sich die Geister um die Wahrheit streiten, und aus dem allgemeinen Hin und Her formuliert sich im Laufe des Kampfes die Wahrheit und der Weg für morgen. Die Kirche soll hier mitkämpfen und ihren Beitrag leisten, beileibe keine Sonderrechte besitzen.

Dieses Verfahren funktioniert so lange, als alle Beteiligten gewisse Spielregeln der Auseinandersetzung anerkennen und anwenden, Toleranz gelten lassen und Verzicht auf Gewalt und Brutalität üben. Dieser Liberalismus ist heute schwer verletzt. Im Zuge der studentischen Revolte und der außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre wurde von speziellen Gruppen eben diese Toleranz und Liberalität unfair ausgenutzt, um sich selbst durch-

zusetzen. Eine Verletzung der Spielregeln zeigte, daß diese Art von Liberalismus aufs heftigste gefährdet ist, wenn er nicht Abgrenzungen nach links und rechts vornimmt. Durch die Revolten ist eines sicherlich endgültig verlorengegangen: die Harmlosigkeit und Gutgläubigkeit, die liberale Menschen bezüglich der Wegfindung für die Zukunft bislang mit sich trugen.

Die dritte Gruppe, die auf die Herausforderung unserer Zeit reagiert, antwortet mit einem Verweis auf Aktionen. Sie gehört zur Gruppe der Aktionisten, die von der Vorstellung ausgehen, die Herausforderungen sind so schwer, daß irgend etwas getan werden muß. Da aber niemand in der Lage ist, die komplizierten Zusammenhänge, etwa der Wirtschaftspolitik in der Welt oder der Ost-West-Konflikte so zu durchschauen, daß er sachliche Handlungsanweisungen geben kann, bleibt für diesen Aktionismus nur übrig, sich mit moralischen Vorstellungen Durchsicht und Durchblick in der Welt zu verschaffen. So werden wirksame, einfache, verständliche moralische Formeln gebraucht, um Freund und Feind zu unterscheiden und ein entsprechendes Aktionsprogramm aufzubauen. So hat es sich heute eingebürgert, zwischen bösen Kapitalisten und guten Arbeitnehmern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu unterscheiden. Die Theologie des Aktionismus setzt häufig kurzfristig solche Begriffe, die oft aus der Weltanschauung des Marxismus stammen, mit biblischen Begriffen gleich; so etwa Ausgebeutete gleich Arme aus der Bergpredigt. Es entsteht ein Druck auf Kirche und Gemeinde, sich politischen Programmen anzuschließen, um der Liebe Jesu Christ Willen, der sich angeblich solchen Aktionen verschrieben habe. Aber diese geistigen moralischen Schlüsse sind Kurzschlüsse, die weder politischen Erfolg haben, noch in der Lehre des Neuen Testaments beheimatet sind. Martin Luther pflegte solche falschen Schlüsse als Schwärmerie zu bezeichnen. Jede Art von Moralismus geht in der Regel an der Wirklichkeit der Welt vorbei, und der dort vorhandene gute Wille ist am Ende immer wieder böse überrascht, was er mit der besten Absicht Schlimmes in der realen Welt angerichtet hat. Evangelium ist mehr als Moral, es ist die Zusage Gottes an seine Kinder, sie nicht zu verlassen. Erst unter der Gewißheit der Vergebung der Sünden wird Moral sinnvoll angewandt und zugleich in der Wirkung nüchtern begrenzt.

Entschiedenere Christen

Angesichts der Orientierungslosigkeit der Menschen ist es erstrangige Aufgabe der Kirche, wie eh und je, so gut sie kann, Orientierung zu geben. Der Gottesdienst und die Kanzel waren bislang solche Plätze. Der Gottesdienst ist nicht nur Fest, wie heute einseitig bekannt wird. Jedoch ist der Gottesdienst in den Großstädten vielfach zusammengeschrumpft auf religiöse Orientierung, über deren Notwendigkeit kein Wort verloren zu werden braucht. Nur dies muß gesehen werden, daß das moderne Leben sehr vielseitig ist und die Orientierungslosigkeit alle Gebiete der Industriegesellschaft ergriffen hat, als daß Gottesdienst die einzige Antwort sein kann. Es ist Aufgabe der Kirche, Lebensorientierung zu geben, wenn es sein muß, auch in Berufsfeldern, in Erziehungsfragen, in Gemeinschaftsaufgaben, überall da, wo Grundwerte des Menschen betroffen sind und sein Leben gefährdet ist. Kraft und Geld werden die Kirche immer wieder zwingen, sich in diesen Aufgaben bescheiden zu verhalten. Dies darf aber kein Grund sein, sich im modernen Leben aus dieser Aufgabe überhaupt zurückzuziehen; das hieße, die Menschen in der Welt anderen Kräften überlassen. In der Bundesrepublik wird diese Orientierungsaufgabe über den Gottesdienst hinaus in zunehmendem Maße von evangelischer Erwachsenenbildungsarbeit wahrgenommen. Die Kirche muß beides tun, sie muß den Kern entschiedener Christen sammeln, sie zurüsten und senden, zugleich aber als Volkskirche diese Sendung an alle ausrichten, die der Hilfe bedürfen.

Aus unserer Arbeit

Einigendes Band zwischen Christen

Hildesheim: Über die Bundestagung 1977 des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU berichtete kürzlich MdB Hans-Adolf de Terra, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien vor dem EAK der CDU des Kreisverbandes Hildesheim, dessen Veranstaltungen offen für alle Bürger sind. Was er zu sagen hatte, war weit mehr als nur ein Rückblick auf 25 Jahre Evangelischer Arbeitskreis in der Bundesrepublik.

Vieles, was evangelische Christen 1952 zusammenführte, sei auch heute noch aktuell.

Aus den verschiedenen Bereichen, deren sich der EAK der CDU/CSU annimmt, griff Hans-Adolf de Terra folgende Problemstellungen heraus:

1. Eine Klammer für die Verbindung CDU/CSU zu sein; es gibt keine eigenen Arbeitskreise nur innerhalb der CDU oder der CDU.

2. Das einigende Band zwischen den Christen in der Partei abzugeben und dabei mitzusprechen, daß auch in personeller Hinsicht die evangelische Seite in den Gremien der Partei wie im Bundestag, den Landtagen und den Kommunen zum Nutzen der CDU gut vertreten ist.

3. Den Grundwerten christlicher Anschauungen auch in der Politik zum Durchbruch zu verhelfen und sich an größeren Zusammenhängen zu orientieren und nicht nur an der Tagespolitik. So hat der EAK sich auch aktiv an den Vorarbeiten zum neuen Grundsatzprogramm der CDU beteiligt; bei dem vom 22. bis 24. September in Berlin stattfindenden Grundsatzforum wird er ebenfalls durch Delegierte vertreten sein.

Des weiteren wies der CDU-Bundestagsabgeordnete auf die Aufgabenstellung hin, die der Evangelische Arbeitskreis auch als Gesprächspartner den Kirchen gegenüber hat. Nach Ansicht de Terras ist es heute eine Selbstverständ-

lichkeit, daß Vertreter des EAK auf allen Ebenen mit den Repräsentanten der Kirche Gespräche führen, an denen neben Pfarrern und hauptamtlich kirchlichen Mitarbeitern auch Presbyter bzw. Kirchenälteste in steigender Zahl teilnehmen. Die Funktion des Brückenschlags zwischen den Unionsparteien und der Evangelischen Kirche übt der Evangelische Arbeitskreis seit Jahren aus.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Klaus Wöhleke, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises und Mitglied der CDU-Fraktion des Kreistags. Er leitete auch die ausführliche Diskussion.

EAK Karlsruhe wählte neuen Vorstand

Karlsruhe: Ein neuer Vorstand wurde im EAK-Kreisverband Karlsruhe gewählt. Als Vorsitzende wurde Frau Ruth Kühlewein Nachfolgerin von Bürgermeister Hofheinz. Stellvertreter und Geschäftsführer ist Wolfram Jäger. Als Beisitzer arbeiten Pfarrer J. P. Walter, Pfarrer Gerhard Leiser und Karl-Wilhelm Buchenau mit. Als Mitglied des CDU-Kreisvorstandes ist auch Bruno Schlageter für die Tätigkeit des EAK mit verantwortlich. Der neue Vorstand beabsichtigt eine Belegung des EAK im Karlsruher Raum. „CDU-Grundsatzprogramm“ und „Sozialarbeit/Diakonie“ sind die Themen der nächsten Veranstaltungen. Ein größeres Programm für die Zukunft ist in Vorbereitung.

Verstärktes Fragen nach christlichen Grundpositionen

Pinneberg: Vor etwa 50 Teilnehmern gründete am 5. Juli 1977 der CDU-Kreisverband Pinneberg einen Evangelischen Arbeitskreis. Vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Zusammenarbeit einzelner Kirchengemeinden, Pastoren und kirchlicher Mitarbeiter mit marxistischen Gruppierungen konnte nach entsprechender Vorbereitungszeit eine seit längerem bestehende Bedarfslücke im vopolitischen Raum geschlossen werden.

Unter Leitung des MdL H. D. Staecker, Uetersen, wählte die Versammlung einen sich aus fünf Personen zusammensetzenden Vor-

stand. Als erster Vorsitzender wurde Hans Bleckmann, Pinneberg, gewählt.

Als Vertreter des EAK-Bundesvorstandes sprach Herr Pastor Dr. G. Mehnert, Kiel, über die Ziele und Grundsätze des EAK und verwies insbesondere auf die erfolgreiche Arbeit des EAK in den letzten 25 Jahren im ganzen Bundesgebiet. Anschließend berichtete Herr Dr. theol. Zimmermann-Stock, Kiel, über Erfahrungen bei Aufbau und Arbeit von Evangelischen Arbeitskreisen in Schleswig-Holstein. Dritter Gastredner war der Vorsitzende des EAK-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Herr Justizminister Dr. Henning Schwarz, Kiel. In einer kurzen Ansprache begrüßte er die Gründung eines EAK in Pinneberg und wünschte dem Arbeitskreis eine erfolgreiche Arbeit. Der Minister hob hervor, daß der EAK nicht zur Fraktionierung der amtlichen Kirche werden solle, jedoch müsse er Auswüchsen Widerstand leisten. Die Kirchen seien kein Exerzierfeld von Ideologen, denn dies würde zur Verunsicherung unter den Gemeindegliedern führen, sagte Schwarz.

Abschließend äußerte der gewählte 1. Vorsitzende, Hans Bleckmann die Hoffnung, daß es zu einer guten und engen, auf Vertrauen getragenen Zusammenarbeit mit den Kirchen kommen möge, als den Trägern des christlichen Gedankenguts.

Das schließt nicht aus, daß der EAK auch Kritik üben wird, wenn es an gegenseitiger Achtung und Versöhnungsbereitschaft mangelt, wie dies in der Vergangenheit mehrfach der Fall war. Kritik ist auch dann anzubringen, wenn gewisse Aktionsfreudigkeiten mit fragwürdigen Bürgerinitiativen in kirchlichen Räumen zur Abwertung und Räumung von christlichen Grundpositionen führen.

Den Beitrag des EAK zu den politischen Entscheidungen unserer Tage sieht Bleckmann in der Verdeutlichung der biblischen Grundlehren über Gott und Mensch. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit einigen Jahren ein verstärktes Fragen nach den christlichen Grundpositionen für manche ganz überraschend wieder aufgebrochen ist. Die verfehlte Reformeuphorie der verflossenen Jahre hat zu der allgemeinen Erkenntnis geführt, daß menschlicherseits nicht

alles machbar und zu bewältigen ist. Hier wartet eine anspruchsvolle Aufgabe auf den EAK.

Christlicher Grundcharakter der öffentlichen Schulen

Kiel: Der EAK Schleswig-Holstein hatte im Juli den Referentenentwurf eines schleswig-holsteinischen Schulgesetzes zum Anlaß genommen, um die Bildungs- und Schulpolitik des nördlichen Bundeslandes zu diskutieren. Unter Vorsitz des stellvertretenden EAK-Landesvorsitzenden, Wolfgang Baader, hat ein Ausschuß die Ergebnisse der Diskussion zusammengefaßt, um die seit einigen Wochen eingang befindliche Aussprache mit einem eigenen Beitrag des Evangelischen Arbeitskreises zu fördern.

In Schreiben an den Landesvorstand, die Landtagsfraktion, den Kultusminister und das Landesschulamt wurden Vorschläge zur Umformulierung und Ergänzung der §§ 4, 5 und 6 des Referentenentwurfs gemacht. Vor allem wurde gefordert, im bevorstehenden Regierungsentwurf des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes den unbestritten christlichen Grundcharak-

ter der öffentlichen Schulen im Gesetzestext deutlich zu machen. Beim Abschluß des Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den damaligen drei ev.-luth. Landeskirchen im Jahre 1957, den die damalige Regierung von Hassel mit einstimmiger Zustimmung des Landtages abschloß, war ausdrücklich der christliche Grundcharakter der öffentlichen Schulen festgestellt worden. An dieser verbindlichen Regelung darf nach Meinung des EAK kein Zweifel aufkommen.

EAK Heidelberg wurde aktiviert

Heidelberg: Eine Belebung seiner Arbeit beabsichtigt der EAK im Kreisverband Heidelberg. Nach einiger Zeit der Pause wurde kürzlich ein neuer Vorstand gewählt. Die dazu einberufene Mitgliederversammlung stand ganz im Zeichen des Neuanfangs, den man sich vorgenommen hat.

CDU-Kreisvorsitzender Heinz Reutlinger überbrachte die Grüße der Heidelberger Partei. Er erinnerte an die Geschichte des EAK und referierte über Aufgaben und Ziele von Christen und EAK in der CDU.

Es gelte heute daran zu erinnern, daß verantwortliches politisches Handeln praktizierte Nächstenliebe sei. Gerade hier liege dem EAK viel an einem verstärkten Kontakt zu den Kirchen im offenem und freimütigem Gespräch.

Der Inhalt des Abends wurde geprägt von einem Vortrag, den Professor Dr. Gunter Wolf, Mitglied des EAK-Landesvorstandes Baden, hielt. Sein Thema: „Der Verlust der Ewigkeit und das Problem der Zeit – von christlicher Besinnung in unserer Zeit.“

Nach dem Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden, Helmut Vaupel, richtete der geschäftsführende Landesvorsitzende des EAK-Baden, Michael Feist, ein Grußwort an die Versammlung. Er berichtete über die Arbeit im Landesverband, nannte die Schwerpunkte der weiteren Arbeit und kündigte an, daß im Frühjahr 1978 die Regionaltagung Süd des EAK in Heidelberg stattfinden wird.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden gewählt: Professor Gunter Wolf (Vorsitzender), Frau von Bayer (Stellvertreter), Professor Höpfner, Theo Martin, Hans Pflüger, Georg Schuhmann, Brigitte Steinhausen, Walter Stoffels und Fritz Treiber (Beisitzer).

Kurz notiert

MPLA-Massaker auf Missionsstation

Truppen der kommunistischen Befreiungsbewegung MPLA Angolas haben auf dem Gebiet der Missionsstation Omopandu nahe der Ortschaft Oshihedi in Südafrika ein Massaker veranstaltet, bei dem eine größere Gruppe von Männern, unter ihnen neun afrikanische Lehrer einer Missionsschule, den Tod fanden. Dies erfuhr das Internationale Katholische Missionswerk „Missio“ in Aachen aus Berichten von Missionaren. Nach Angaben von Missio ereignete sich die Bluttat Ende Juli '77.

Genauere Angaben über das von der MPLA veranstaltete Massaker konnte ein überlebender Missionsschullehrer namens Gerardo machen. Nach seiner Aussage trieben die MPLA-Angehörigen die Gruppe zusammen, banden die Opfer paarweise aneinander und füsilierten sie. Nicht alle seien durch die Schüsse sofort tot gewesen. Diesen hätten die MPLA-Soldaten später mit dem Bajonett den „Gnadenstoß“ gegeben. Wie ein Sprecher von Missio am Donnerstag, 11. August, mitteilte, ste-

hen die Namen von sechs der ermordeten Missionsschullehrer inzwischen fest. Nach Angaben von Missio konnte der Zeuge des Massakers, der Missionsschullehrer Gerardo, dadurch dem Tod entkommen, daß er sich, an eines der Opfer gebunden, nach den ersten Schüssen totstellte.

Unsere Frage: Was sagt und tut eigentlich der Weltkirchenrat in solchen und ähnlich gelagerten Fällen, da die MPLA ja über viele Jahre – genau wie auch die Frelimo in Mozambique – zu jenen Organisationen gehörte – denen der Rat aus Genf für humanitäre Zwecke – ohne jede Kontrolle allerdings – finanzielle Mittel zukommen ließ?

Freiheit für Wins

Die Mutter des sowjetischen Leiters der „Reformierten Baptisten“ in der UdSSR, Georgij Wins, hat in einem offiziellen Aufruf um eine Krankenbehandlung für ihren Sohn in einer Klinik des freien Westens gebeten. In dem offiziellen Schreiben, das an das Internationale Rote Kreuz, das Komitee für Menschenrechte der UNO und das Komitee für Menschenrechte in der

UdSSR gerichtet wurde, heißt es, daß Wins im Februar infolge einer starken Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht wurde, wo sich sein Zustand seitdem bedrohlich verschlechterte.

Der 48jährige Wins war 1975 wegen seiner christlichen Überzeugung und Wirksamkeit zu fünf Jahren Freiheitsstrafe unter strengen Bedingungen und zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Er leistet die „Strafe“ in dem polaren Gebiet der Jakutskrepublik ab.

Unsere Frage: Was sagt und tut eigentlich der Weltkirchenrat in Genf im Falle Wins bei seinen guten Kontakten zum Moskauer Patriarchat?

Zu guter Letzt:

Wolf Biermann, aus der DDR übergesiedelter Kommunist und Liedermacher, im Fernsehen Vorkämpfer der Armen und Unterdrückten gegenüber den „reichen Ausbeutern“ und dem „kapitalistischen System“, hat im Hamburger Elbvorort Ottensen eine Villa von 250 Quadratmeter Wohnfläche auf einem Grundstück von 1200 Quadratmetern erworben. Kaufpreis: 350 000 DM.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

**Evangelische Akademie
Arnoldshain**
6381 Arnoldshain (Tanus)

23. bis 25. September 1977

Sind die Ärmsten integrierbar?
— Möglichkeiten und Grenzen der
Entwicklungspolitik.

30. September bis 2. Oktober 1977

Probleme von Kindern im
Krankenhaus
— Hilfen zur Betreuung durch Eltern,
Angehörige und Besuchsdienste.

Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll/über Göppingen

23. bis 25. September 1977

Aktuelle Rechtsprobleme in der
Medizin.

30. September bis 2. Oktober 1977

Soziale Dimensionen der internatio-
nalen Wirtschaftsordnung
— Tagung für Unternehmer und lei-
tende Mitarbeiter.

7. bis 9. Oktober 1977

Politik auf dem Rathaus
— Tagung für Gemeinderäte und
kommunalpolitisch Interessierte.

Evangelische Akademie der Pfalz
Große Himmels-gasse 6
6720 Speyer

8. bis 9. Oktober 1977

Kirche zwischen Weltverantwortung
und Einzelseelsorge.

Evangelische Akademie Loccum
3055 Loccum/über Wunstorf

16. bis 18. September 1977

Lutheraner in Afrika
— Impulse und Herausforderung der
VI. Vollversammlung des Lutheri-
schen Weltbundes in Daressalam.

30. September bis 2. Oktober 1977

Sozialstationen in Niedersachsen.

**Evangelische Akademie
Kurahessen-Waldeck**
3520 Hofgeismar, Schließchen
Schönburg

30. September bis 2. Oktober 1977

Staats- und partei- und verdrossene
Bürger?
Der politisch entmündigte Bürger —
Neue Formen der Bürgerbeteili-
gung — Bürgerinitiativen als vierte
Gewalt?

7. bis 9. Oktober 1977

Ethik in der ärztlichen Praxis
— Kolloquium

**Evangelische Akademie
Schleswig-Holstein**
Marienstraße 31, 2360 Bad Segeberg

6. bis 8. Oktober 1977

Der Arbeitsplatz im Hafen.

Hinweis: Vom 21. bis 23. Ok-
tober 1977 führt der Politische
Club der Evangelischen Aka-
demie Tutzing eine Tagung
durch zum Selbstverständnis
von CDU/CSU unter dem
Thema: Grundwerte der
Union.

**Kommende, Sozialinstitut
des Erzbistums Paderborn**
Brackeler Hellweg 144
4600 Dortmund 12

23. und 24. September 1977

Jugend zwischen Rebellion und
Anpassung
— Kommende-Gespräch.

24. und 25. September 1977

Ethik und Politik — Grundwerte in
der Diskussion
— Tagung für Primaner und
Studenten.

**Melanchthon-Akademie Köln —
Evangelisches Bildungszentrum**
Kartäuserwall 24 b, 5000 Köln

Fordern Sie bitte — soweit Sie im
Kölner Raum wohnen — die Unter-
lagen für die Seminar-Abendveran-
staltungen direkt bei der Melanch-
thon-Akademie an.

**Katholische Akademie
der Erzdiözese Freiburg**
Wintererstraße 1
7800 Freiburg i. Br.

24. und 25. September 1977

Das Problem der künftigen Energie-
versorgung.

**Evangelische Akademie
Rheinland-Westfalen — Haus Ortlorn**
Baarstraße 59-61
5860 Iserlohn/Westfalen

23. bis 25. September 1977

Kirche im Sozialismus
— Staat, Gesellschaft und Kirche in
der DDR.

Evangelische Akademie Tutzing
8132 Tutzing (Starnberger See),
Schloß

7. bis 9. Oktober 1977

Bürgerrechtsbewegungen in Ost
und West
— Folgen der KSZE — Forum für
junge Erwachsene.

Das ausführliche Programm so-
wie weitere Unterlagen über die
Veranstaltungen der Akademien
fordern Sie doch bitte direkt bei
den Akademien an. Machen Sie
bitte von diesem Tagungsangebot
regen Gebrauch und weisen Sie
auf die Vielschichtigkeit der Aka-
demiearbeit auch innerhalb Ihres
Bekannt- und Freundeskreises
hin, da gerade auch die Präsenz im
vorpolitischen Raum von uns zu
Recht erwartet wird.

Unsere Autoren:

Dr. Richard von Weizsäcker, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn
Landespfarrer Dr. Karl Leipziger
Pirckheimer Straße 6
8500 Nürnberg

Dr. Gerd Langguth, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn
Dekan Paul Rieger
Zwinger 3 c
8700 Würzburg

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.